

Personal des Bundes

Daten und Fakten 2022



Basisdaten 2021

Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Einwohner:innen (in Tausend)	8.917
unselbstständig Erwerbstätige (in Tausend)	3.793
Arbeitslosigkeit (lt. EUROSTAT)	5,1%

Volkswirtschaft und staatlicher Sektor

Bruttoinlandsprodukt (BIP in Mrd. €)	403,4
Abgabenquote (in % des BIP)	44,0%
staatl. Ausgaben (in % des BIP)	55,9%
Sach- u. Personalaufwand des staatl. Sektors (in % des BIP)	18,9%
Beschäftigung im staatlichen Sektor (in Tausend)*	781

*Daten 2020

Quelle: Statistik Austria

Der öffentliche Dienst in Österreich

In Österreich wird die öffentliche Verwaltung vom Bund, von neun Ländern sowie den 2.094 Gemeinden wahrgenommen. Zusätzlich zu den Gebietskörperschaften werden zuweilen auch die Sozialversicherungsträger, die gesetzlichen Interessensvertretungen (Kammern) und weitere an der Erstellung öffentlicher Leistungen beteiligte Rechtsträger dem staatlichen Sektor zugerechnet.

Personalstand der Gebietskörperschaften

Bund	135.981
Länder	146.695
Gemeinden	78.865
Gesamt	361.541

Personalstände in Vollbeschäftigtenäquivalenten, exkl. ausgegliederte Einrichtungen und Betriebe. Datenstand: Bund 31.12.2021, Länder 2020 und Gemeinden 2019, Quelle: Bund – MIS, Länder – eigene Angaben der Bundesländer auf Basis des österreichischen Stabilitätspaktes, Gemeinden – Statistik Austria

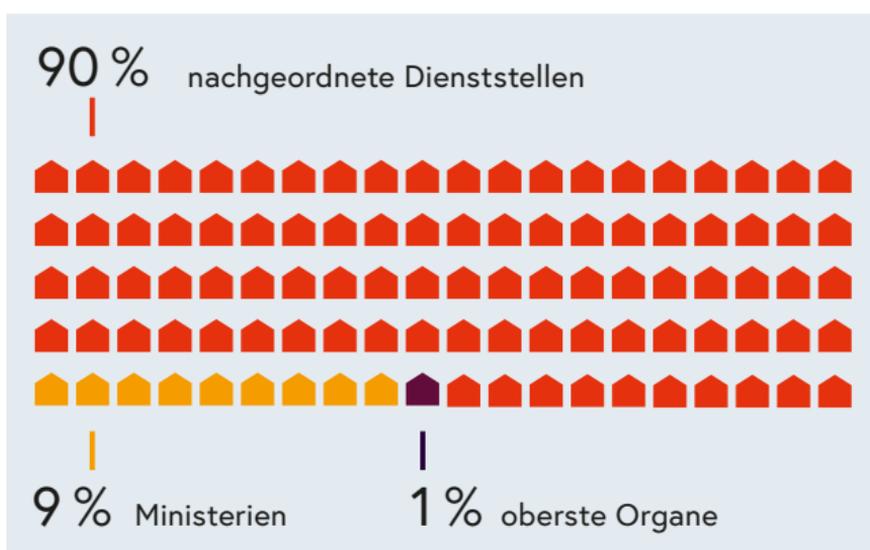
Die im staatlichen Sektor beschäftigten Mitarbeiter:innen werden unter dem Begriff »öffentlicher Dienst« zusammengefasst. Mit der service- und bürger:innenorientierten Aufgabenerfüllung tragen sie entscheidend dazu bei positive Impulse für Gesellschaft und Wirtschaft zu setzen. Neben bekannten Beispielen für öffentliche Aufgabenbereiche, wie Schulwesen, Innere und Äußere Sicherheit oder Steuer- und Abgabenverwaltung, in denen ein großer Teil der Mitarbeiter:innen beschäftigt ist, sind öffentlich Bedienstete auch in vielen anderen Bereichen tätig. Zu nennen wären hier beispielsweise diverse Sozialleistungen, Aufrechterhaltung und Verbesserung der Infrastruktur, Lebens- und Arzneimittelsicherheit, Umwelt- und Naturschutz, Gesundheitswesen etc.

Der Bund

Die Bundesverwaltung ist in Ressorts gegliedert. Ein Ressort setzt sich aus einer Zentralstelle (Ministerium) und nachgeordneten Dienststellen zusammen.

Der Anteil der direkt in den Zentralstellen arbeitenden Mitarbeiter:innen beträgt 8,8%. In den zahlreichen nachgeordneten Dienststellen wie z. B. Schulen, Gerichten, Finanzämtern und Polizeiinspektionen arbeiten 90,3% der Bediensteten.

Bei den sonstigen obersten Organen (Präsidentenkanzlei, Parlamentsdirektion, Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof, Volksanwaltschaft und Rechnungshof) sind 0,9% der Bundesbediensteten tätig.



Darüber hinaus arbeiten rund 4.300 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte (VBÄ) in ausgegliederten Einrichtungen (z.B. Statistik Austria, Bundesmuseen, Arbeitsmarktservice, Universitäten, Bewährungshilfe etc.) und rund 7.600 in den Nachfolgegesellschaften der Post und Telegraphenverwaltung.

Die Berufsgruppen im Bundesdienst

Es werden im Bund sieben Berufsgruppen unterschieden. Zu den unten genannten kommen noch der Krankenpflegedienst und die Schulaufsicht hinzu. Den Berufsgruppen entspricht meist ein klares Berufsbild. Besonders im Verwaltungsdienst findet sich jedoch eine Fülle von Aufgaben. Die Mitarbeiter:innen dieser Berufsgruppe arbeiten daher in nahezu allen Bundesdienststellen. Das Spektrum der Berufsbilder im Verwaltungsdienst umfasst Jurist:innen, Techniker:innen, betriebs- und volkswirtschaftliche Berufe, Psycholog:innen sowie Fachexpertinnen und Fachexperten verschiedenster anderer Wissensgebiete sowie Sachbearbeiter:innen im administrativen Bereich.

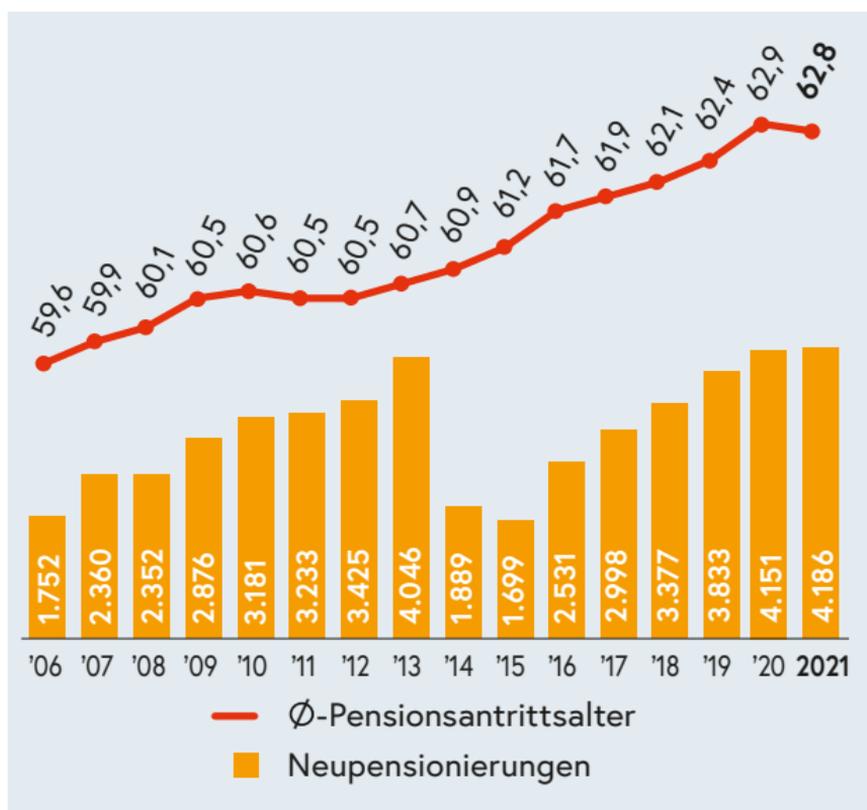
	 Personalstand	 Durchschnittsalter	 Frauen	 Jahreseinkommen (Median)
 Verwaltungsdienst	45.183 VBÄ	47,5 Jahre	53,4 %	42.299 Euro
 Exekutivdienst	34.413 VBÄ	41,3 Jahre	20,6 %	52.146 Euro
 Ri/StA	2.979 VBÄ	47,7 Jahre	56,5 %	95.779 Euro
 Lehrpersonen	38.543 VBÄ	46,7 Jahre	60,0 %	55.060 Euro
 Hochschullehrpersonen	1.094 VBÄ	50,1 Jahre	60,0 %	65.786 Euro
 Militärischer Dienst	13.282 VBÄ	42,2 Jahre	3,7 %	49.480 Euro

Pensionierungen im Bundesdienst

Das Pensionsantrittsalter der Beamtinnen und Beamten im Bundesdienst ist im Jahr 2021 um 0,1 Jahre gesunken und liegt aktuell bei 62,8 Jahren.

Das Sinken ist auf zwei Gründe zurückzuführen: einerseits ist im Jahr 2020 das Pensionsantrittsalter um 0,5 Jahre angestiegen. Der überwiegende Teil dieses Anstieges war durch den Rückgang der Dienstunfähigkeitspensionierungen bedingt durch die COVID-19-Pandemie erklärbar. Andererseits sind die Neupensionierungen im Exekutivdienst, jener Berufsgruppe mit dem niedrigsten Pensionsantrittsalter, am höchsten angewachsen. Da der Anteil des Exekutivdienstes annähernd ein Viertel aller Pensionierungen ausmacht, wirkt sich der Anstieg in der Gesamtbetrachtung aus.

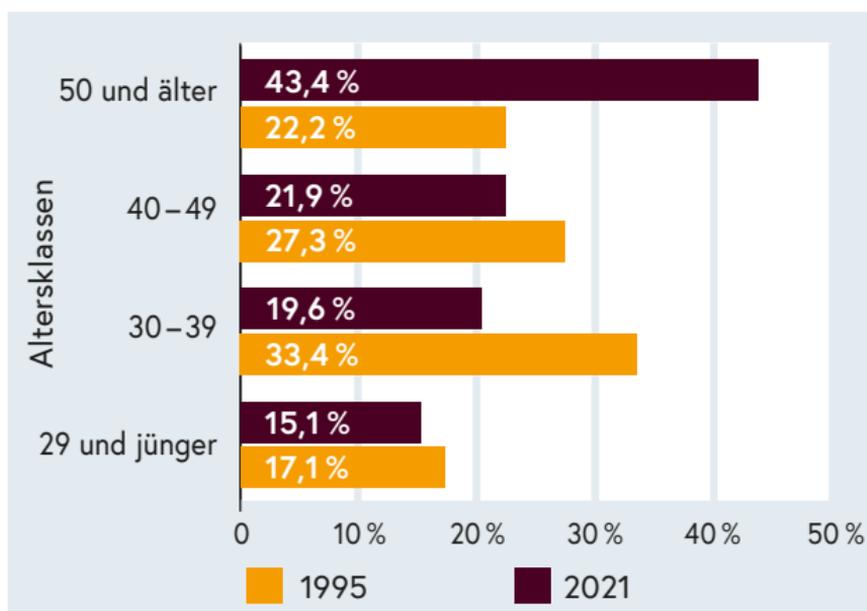
Die Pensionsantritte der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten gesamt sind im Jahr 2021 um 1% (+35 Neupensionierungen) auf insgesamt 4.186 angestiegen.



Altersstruktur der Bediensteten

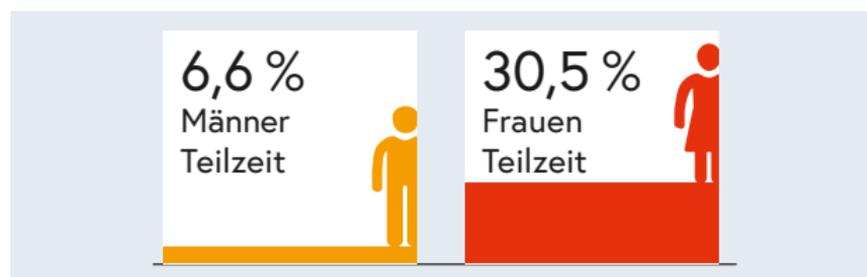
Das Durchschnittsalter im Jahr 2021 beträgt 45,3 Jahre (2020: 45,6). Seit 2017 ist das Durchschnittsalter auf Grund der steigenden Anzahl der Pensionierungen und der Neuaufnahmen leicht zurückgegangen. Der langfristige Trend des steigenden Durchschnittsalters ist vor allem auf die restriktive Aufnahmepolitik zurückzuführen. Der größte Teil der Neuaufnahmen im letzten Jahr erfolgte im Exekutivdienst, wo der Berufseinstieg relativ früh erfolgt. Trotz dieser Entwicklung in den letzten fünf Jahren ist der langfristige Trend ein anderer.

Altersklassen 1995 und 2021



Teilbeschäftigung im Bundesdienst

Der Teilbeschäftigtenanteil im Bundesdienst liegt 2021 bei 16,9%. Sowohl unter den Beamtinnen und Beamten als auch unter Vertragsbediensteten nützen Frauen die Möglichkeit der Teilbeschäftigung in größerem Umfang.



Qualifikation der Bediensteten

Der Anteil hochqualifizierter Mitarbeiter:innen ist im Bundesdienst traditionell hoch. Die Rückbesinnung auf Kernaufgaben, welche sich in der Ausgliederung operativer Dienststellen und der Übertragung von Serviceleistungen auf private Dienstleister äußert, lässt den Akademiker:innen- und Maturant:innenanteil seit einigen Jahren steigen. Er liegt heute bei 50,0% während er unter Beschäftigten in der Privatwirtschaft 38,8 % beträgt.

Akademiker:innen- und Maturant:innenanteil 2021

Bund		Privater Sektor	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
40,3%	64,1%	34,7%	43,4%

Ausbildung im Bundesdienst

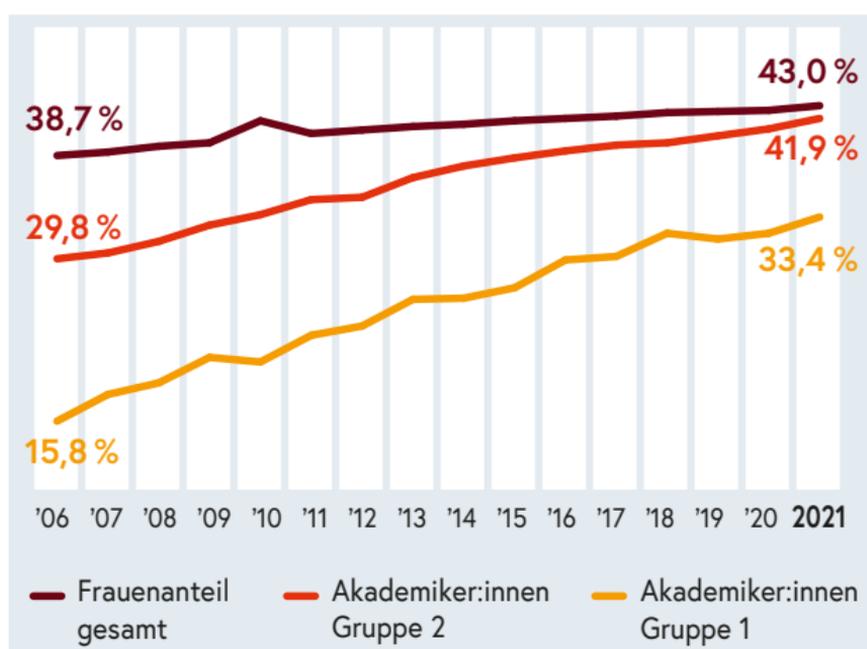
Die Arbeit in der Bundesverwaltung erfordert je nach Berufsgruppe und Arbeitsplatz ein umfassendes Wissen. Daher absolvieren alle neuen Mitarbeiter:innen eine an die Vorbildung anknüpfende interne Grundausbildung, um den spezifischen Anforderungen im Bundesdienst gerecht zu werden.

Weiters bietet der Bund diverse Praktika an: Das Verwaltungspraktikum oder das Rechtspraktikum (Gerichtsjahr) hingegen vermitteln Wissen, das auch auf dem privatwirtschaftlichen Arbeitsmarkt gefragt ist. Mit derzeit 1.453 Lehrlingen ist der Bund einer der größten Lehrlingsausbildner Österreichs. In ausgegliederten Einrichtungen des Bundes sind darüber hinaus 2.590 Lehrlinge tätig.

Mit 31.12.2021 absolvierten 867 Bedienstete die Truppenoffiziersausbildung oder die Unteroffiziersausbildung.

Frauen und Männer im Bundesdienst

Der Frauenanteil im gesamten Bundesdienst beträgt 43,0%. Seit mehreren Jahren steigt der Frauenanteil vor allem auch in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind (Exekutive, Militär). Der Anteil von Frauen an den unselbstständig Erwerbstätigen beträgt österreichweit 48,2%. Dieser Wert wird in 7 der 12 Ressorts überschritten. In zwei Ressorts, nämlich dem Bundesministerium für Inneres und dem Bundesministerium für Landesverteidigung, liegt der Wert jedoch deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Das liegt daran, dass in diesen Ressorts die Berufsgruppen Exekutivdienst und Militärischer Dienst, in denen Frauen historisch bedingt in der Unterzahl sind, in einem besonders hohem Ausmaß vertreten sind.



Eine wesentliche Kennzahl im Zusammenhang mit der Gleichstellung von Frauen und Männern ist die Frage, wie stark Frauen in Führungspositionen vertreten sind.

Führungsverantwortung geht einerseits mit Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einher, andererseits korreliert sie mit der Einkommenshöhe. Zur Darstellung der Entwicklung des Frauenanteils in Führungspositionen wurde die Kennzahl „Frauen in den höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen“ entwickelt, die vier Ebenen enthält. Die zwei höchsten Ebenen sind die Akademiker:innen Gruppe 1 (z.B. Generalsekretär:innen, Sektionsleitung, Gruppenleitung, etc.) und Akademiker:innen Gruppe 2 (z.B. Abteilungsleitung, Referatsleitung, etc.). Seit 2006 sind die Anteile von Frauen in Führungspositionen auf allen Ebenen gestiegen. Bei den Akademiker:innen Gruppe 1 ist der Anstieg des Frauenanteils mit 17,6 Prozentpunkte wesentlich stärker gestiegen als der Frauenanteil insgesamt.

Bundesministerium für Kunst, Kultur,
öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS)
Sektion III – Öffentlicher Dienst
und Verwaltungsinnovation
Leiter Mag. Christian Kemperle
Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien

Kontakt

Bundesministerium für Kunst, Kultur,
öffentlichen Dienst und Sport
Referat III/C/7/a – HR-Controlling
Tel.: +43 1 71606-667334
E-Mail: iii7@bmkoes.gv.at

Mehr Details finden Sie im Bericht
»Personal des Bundes 2022«
abrufbar auf unserer Webseite
www.oeffentlicherdienst.gv.at

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:
Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport
Referat III/C/7/a – HR-Controlling
Redaktion: Renate Gabmayer, Mirela Ramic, Gabriele Glier-Menz
Grafik: BMKÖS/Raphael Van Loo
Druck: BMI Digitalprintcenter
Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet,
alle sonstigen Rechte sind vorbehalten
Wien, 2022